

EKD: Rechtsextremismus ist unvereinbar mit einem Engagement in den Kirchen

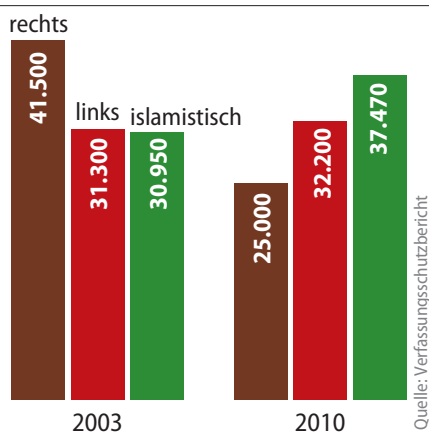
TERROR So gut wie alle Kirchenleiter haben vor Rechtsextremismus gewarnt. Im Folgenden Auszüge.

Wie groß ist das Ausmaß der rechtsextremen Bedrohung und was können Christen dagegen tun? „ezra“ – die mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – sieht in den aktuellen Erkenntnissen nur die „Spitze eines Eisbergs“. Träger der Initiative ist die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland. Nach ezra-Angaben erfahren ihre Berater fast täglich von Angriffen aus der rechtsextremen Szene (siehe www.ezra.de).

Bischöfin: Fremdenfeindlichkeit auch unter Kirchenmitgliedern

Nach Ansicht der mitteldeutschen Bischöfin Ilse Junkermann müsse man sich angesichts der Mordserie fragen, was alles an menschenverachtenden Gewalttaten in Staat, Gesellschaft und bei den zuständigen Behörden nicht erkannt oder verharmlost worden sei. Wie sie vor der Synode in Erfurt sagte, sollte Christen das Ergebnis des jährlichen Thüringen-Monitors besonders nachdenklich stimmen. Danach sei „der Anteil an Protestanten und Katholiken bei zustimmenden Äußerungen zu rechtsextremen und fremdenfeindlichen Haltungen erheblich“. Die Synode forderte die Gemeinden auf „zu Wachsamkeit und klarer Rede gegenüber jedweder Form von Extremismus und Verletzung der Menschenwürde“.

Extremisten in Deutschland



Bischof Dröge: Gegen NPD-Aufmärsche demonstrieren

Der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, ermuntert Gemeinden dazu, sich an lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen, etwa bei Gegendemonstrationen zu NPD-Aufmärschen. „Durch das breite zivilgesellschaftliche Engagement ist die Zahl der Aufmärsche in den letzten Jahren maßgeblich gesunken. Das ist ein Erfolg“, sagte Dröge dem epd. Der EKD-Ratsvorsitzende, Nikolaus Schneider, hält die Betätigung in rechtsextremen Parteien für unvereinbar mit kirchlichem Engagement. Die Kirche könne weder bei haupt- noch bei ehrenamtlichen Mitarbeitern verfassungswidrige Aktivitäten dulden, sagte er bei einer Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus in der Lutherstadt Wittenberg.

Auch wachsende Gewalt von Migranten gegen Deutsche

Stehen in der gegenwärtigen Debatte die Morde von Neo-Nationalsozialisten an Ausländern im Vordergrund, so weisen die Autoren des kürzlich erschienenen Buches „Deutsche Opfer, fremde Täter“, der Journalist Michael Paulwitz und der Verleger Götz Kubitschek, auf die wachsende Gewalt von Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln gegenüber einheimischen Deutschen hin. Bei einer Buchvorstellung in Wetzlar sagten sie, die Gewalt jugendlicher Straftäter mit Migrationshintergrund sei häufig auf religiöse Motive zurückzuführen.

Als „Schweinefresser“ beschimpft

So seien Gewalttaten arabisch-muslimischer Jugendlicher auf ethnische und religiöse Abgrenzung gegenüber der christlich-deutschen Bevölkerung zurückzuführen und nicht, wie oft angenommen, auf die soziale Situation der Täter. „Scheiß Christen“ oder „Schweinefresser“ sind laut



Paulwitz verbale Aggressionen, die in Großstädten heute an der Tagesordnung seien. Zudem häuften sich die Fälle von räuberischer Erpressung, Körperverletzung und sexueller Gewalt gegenüber Frauen. Die zunehmende Brutalität sei ein besonders muslimisches Problem. In vielen Stadtvierteln entstünden Parallelgesellschaften, in denen staatliche Institutionen keinen Einfluss mehr hätten. Selbst die Polizei gehe in solche Bezirke nur noch mit erhöhter Vorsicht und in größeren Gruppen. In diesen muslimischen Gesellschaften würden Frauen unterdrückt und Andersgläubige diskriminiert. Für Kubitschek droht Deutschland ein „Kampf der Kulturen“. Um die Fälle ausländischer Gewalt gegenüber Deutschen zu dokumentieren, wurde vom Verlag Edition Antaios die Webseite zum Buch www.deutscheopfer.de ins Leben gerufen. Diese Chronik zeigt über 400 Fälle aus den Jahren 2000 bis 2010 mit Belegen über Gewalt gegen Deutsche. Gegen die Buchvorstellung gab es eine vom „Wetzlarer Bündnis gegen Nazis“ organisierte Demonstration. Die etwa 50 Teilnehmer warfen den Autoren vor, rechtes Gedankengut zu verbreiten.